

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 26. April 1963

Nummer 16/17

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

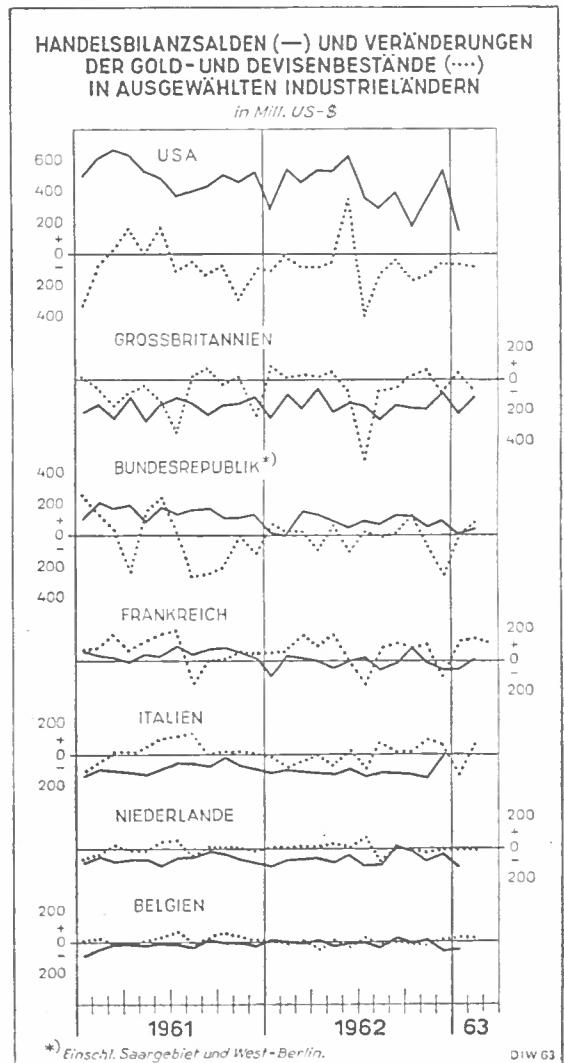
## Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte April 1963

### Die internationale Situation

Die weltwirtschaftliche Konstellation hat sich insofern gewandelt, als sich die Regierungen — insbesondere der angelsächsischen Länder — in der Verfolgung einer wachstumsorientierten Politik gegenwärtig weniger von Außenwirtschaftsrücksichten leiten lassen als in den vergangenen Jahren. Ist auch eine entscheidende Ursache hierfür in der allgemeinen Beruhigung der internationalen Zahlungsbilanzsituation zu sehen, so kommt hierin doch auch ein grundsätzlicher Wandel in der Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge zum Ausdruck. Die bisher herrschende Ansicht der für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Stellen, daß außenwirtschaftliche Schwierigkeiten durch binnenwirtschaftliche Restriktionen zu kurieren seien, wird immer mehr durch die Erkenntnis verdrängt, daß ein verhaltenes Wirtschaftswachstum Außenwirtschaftsschwierigkeiten nicht beseitigt, sondern auf längere Sicht sogar verstärkt bzw. erzeugt, indem es die Wettbewerbsposition des betreffenden Landes schwächt.

In England hat diese neue wirtschaftspolitische Haltung nun ganz deutlichen praktischen Ausdruck gefunden. Das Budget, das die britische Regierung für das Finanzjahr 1963/64 dem Parlament vorgelegt hat, sieht expansive Maßnahmen, vor allem die Heraufsetzung der Einkommensteuerfreibeträge und verstärkte Abschreibungserleichterungen, vor, die auch dann nicht rückgängig gemacht werden sollen, wenn sie über eine Anregung des wirtschaftlichen Wachstums zunächst eine Verschlechterung der britischen Zahlungsbilanzsituation hervorrufen sollten.

Eventuell auftretende Zahlungsbilanzdefizite sollen so lange in Kauf genommen werden, wie durch anhaltende Expansion die britische Wettbewerbsposition als nachhaltig verbesserungsfähig erscheint. Dazu will die britische Regierung vor allem bei ausländischen Zentralbanken um Stützungskredite nachsuchen, wie sie schon bei der jüngsten, in erster Linie durch Abwertungsgerüchte verursachten Pfundschwäche gewährt worden sind.



Darüber hinaus versucht die britische Regierung, durch eine Politik gespaltener Zinssätze Gold- und Devisenabflüsse zu vermeiden, ohne auf Expansion verzichten zu müssen. Sie hat durch Offen-Markt-Operationen den Diskontsatz für Schatzwechsel, in denen kurzfristige Auslands-

gelder in erster Linie angelegt werden, erhöht, ohne die offizielle Bankrate zu ändern. Ist auch durch dieses währungspolitische Experiment die Anlage von kurzfristigem Kapital in Großbritannien attraktiver gestaltet worden, so ist es doch zweifelhaft, ob das inländische Zinsniveau durch diese geldpolitische Manipulation auf die Dauer — wie beabsichtigt — unberührt bleiben wird.

Eine sich auf das Inland auswirkende Kreditvertéuerung würde aber die gegenwärtig auf Wachstumsanregung gerichtete Wirtschaftspolitik stören, wobei eine Verschärfung der Kreditkonditionen schon deswegen ins Gewicht fielen, weil die im Budget vorgeschlagenen expansiven Maßnahmen nicht derart massiv sind, wie es angesichts der unbefriedigenden Entwicklung der britischen Wirtschaft — die Produktion ist seit Mitte vorigen Jahres leicht rückläufig und die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit ist seitdem fühlbar angestiegen — allgemein erwartet worden war. Zwar gehen von den jetzt bekanntgegebenen budgetären Maßnahmen verstärkte Anregungen auch auf den nach wie vor schwächsten Bereich der britischen Wirtschaft, die privaten Anlageinvestitionen, aus. Jedoch dürften diese Investitionsanreize so lange nicht die erwünschte Wirkung haben, wie es nicht gelingt, auch die Absatzerwartungen der Unternehmer durch eine Beeinflussung der Endnachfrage günstiger zu gestalten. Da sich die im Budget vorgesehenen Maßnahmen zur unmittelbaren Belebung der Nachfrage außerhalb des Investitionsbereichs (Export, privater Verbrauch und öffentliche Ausgaben) in engen Grenzen halten und von der Entwicklung des Exports, des privaten Verbrauchs und der öffentlichen Ausgaben bislang keine kräftigen Wachstumsimpulse ausgehen, bleibt die gewünschte Investitionsankurbelung in Frage gestellt, wenn nicht weitere expansive Maßnahmen folgen.

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika reichen die bisher eingesetzten wirtschaftspolitischen Mittel nicht aus, um ein wirtschaftliches Wachstum anzuregen, das Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren gewährleistet. Immer noch kann es am Einspruch des amerikanischen Kongresses scheitern, daß die von der Regierung für das Finanzjahr 1963/64 geplante Einkommensteuerermäßigung in der vorgesehenen Höhe vorgenommen wird. Dabei stellen die Regierungsvorschläge bereits ein Minimum dessen dar, was für die Anregung eines ausreichenden Wachstums erforderlich wäre. Der Kongreß wird zu seiner Zurückhaltung weniger durch das nach wie vor vorhandene Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten veranlaßt, vielmehr spielen die Abneigung vieler Mitglieder des Parlaments gegen ein wachsendes Haushaltsdefizit und die abweichenden Vorstellungen darüber, wie Einkommensteuerermäßigungen verteilt werden sollten, die entscheidende Rolle.

Das Zahlungsbilanzproblem suchen die Ver-

einigten Staaten ebenfalls nicht mehr durch eine bewußte Wachstumsbeschränkung zu lösen. Der Ausgleich für ein drohendes Defizit soll hier vor allem durch Kürzung der Auslandshilfe hergestellt werden. Ein solches Vorgehen ist aber genauso wie eine restriktive Wirtschaftspolitik sowohl in weltwirtschaftlicher als auch in rein inneramerikanischer Sicht äußerst bedenklich. Es bringt nicht nur die Entwicklungsländer, die auf Kapitalhilfe zur Deckung ihres Importbedarfs angewiesen sind, in große Schwierigkeiten, sondern es verringert auch die Exportmöglichkeiten und damit den erzielbaren Leistungsbilanzüberschuß der Vereinigten Staaten. Der erstrebte Ausgleich zwischen Kapalexport und Leistungsbilanzüberschuß dürfte daher durch diese Maßnahmen kaum zustande kommen. Auch den Vereinigten Staaten bleibt im Grunde nur der Ausweg, den Großbritannien jetzt beschreitet. Sie müßten in Zusammenarbeit mit den ausländischen Zentralbanken so lange auf Stützungskredite zurückgreifen, bis sie durch Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition einen Leistungsbilanzüberschuß erzielen, der ihrem Kapalexport entspricht.

In Frankreich ist mit den geldpolitischen Beschlüssen des Nationalen Kreditrates vom Februar 1963 ein neues Moment in die Konjunkturpolitik getragen worden: Die direkte quantitative Beschränkung der Bankkreditgewährung. Bereits nach der Währungskrise war Anfang 1961 das französische währungspolitische Instrumentarium durch die Einführung von Mindestreservvorschriften ergänzt worden. Aber auch mit diesem Mittel konnte nicht verhindert werden, daß die in den letzten Jahren erzielten hohen Zahlungsbilanzüberschüsse, die nicht durch Überschüsse der öffentlichen Hand neutralisiert wurden, zu einer kräftigen Verflüssigung des Bankapparates und damit zu einer erheblichen Ausweitung der Bankkredite führten. Sie betrug allein im Jahre 1962 19 vH. Diese Entwicklung veranlaßt die kreditpolitischen Instanzen nicht nur, den Liquiditäts-Koeffizienten, der den Mindestreservesatz angibt, weiter zu erhöhen (von 32 auf 35 vH), sondern gleichzeitig die Kreditausweitung des gesamten Bankensystems für die Zeit vom 1. März 1963 bis 28. März 1964 auf 12 vH zu begrenzen.

Es ist jedoch zu bezweifeln, ob diese monetären Restriktionsmaßnahmen den lohnkostenbedingten Preisauftrieb bremsen können, der durch die jüngste Streikwelle neue Impulse erhalten hat. Durch diese Maßnahmen werden vor allem die Fremdfinanzierungsmöglichkeiten der privaten Wirtschaft eingeengt, was angesichts der angespannten Gewinnsituation die Investitionstätigkeit und damit das reale Wachstum der französischen Wirtschaft weiter dämpfen könnte.

Das starke Gewicht, das man dem Preisproblem in Frankreich beimißt, wird nicht nur in der Geldpolitik deutlich, sondern auch in einem handels-

politischen Beschluß des Ministerrats, der für einen Großteil von Erzeugnissen landwirtschaftlichen Ursprungs und für Industrieprodukte, die von der Landwirtschaft benötigt werden, eine Senkung der Zollsätze für Einfuhren sowohl aus EWG-Ländern als auch aus Drittländern beschlossen hat, die je nach Erzeugnis und Ursprungsbereich zwischen 3 und 16 vH beträgt.

Noch größere Bedeutung als in Frankreich hat das Preisproblem während des letzten Jahres in Italien erlangt. Nicht weniger als die Hälfte des nominalen Sozialproduktwachstums von 12,2 vH war dort auf Preiserhöhungen zurückzuführen. Trotz wiederholter Zollsenkungen scheint sich dieser Preisauftrieb in den letzten Monaten konjunkturell eher noch beschleunigt zu haben. Im Januar lag der Index der Großhandelspreise um 5,3 (3,8 vH im zweiten Halbjahr 1962), der Index der Lebenshaltungskosten sogar um 8,1 vH (6,6 vH) über dem vergleichbaren Vorjahrsstand. Wenngleich die Verknappung der Agrarprodukte z. T. dem verhältnismäßig geringen Anstieg der Agrarproduktion im Vorjahr und die Verteuerung im Dienstleistungsbereich nicht zuletzt dem strengen Winter zuzuschreiben sind, so hat doch auch die kräftige Zunahme der Lohnkosten je Produktionseinheit, die im Jahre 1963 5 bis 6 vH betragen hat, für den Preisauftrieb eine wichtige Rolle gespielt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß entsprechend den Vorstellungen der zuständigen Ressorts im künftigen Gesetz über die italienische Wirtschaftsplanung, das nach den Wahlen vom neuen Parlament zu verabschiedet ist, die Tarifautonomie der italienischen Sozialpartner nicht unwesentlich eingeschränkt wird.

#### Westdeutschland

Seit dem Wegfall der durch strengen Frost bedingten Produktionshemmnisse tritt die Nachfrage wieder deutlicher als der das Fortschritts-tempo der Wirtschaft begrenzende Faktor zutage. Darüber kann auch eine Frühjahrsbelebung nicht hinwegtäuschen, die nach den außergewöhnlich starken saisonalen Einflüssen während der Wintermonate nun gleichfalls kräftig ist.

Konjunkturell interessant könnte dieses Saison-element allenfalls dann werden, wenn seine geballte Kraft sozusagen als Initialzündung für die allgemeine Entwicklung wirken und diese von neuem beschleunigen würde. Prüft man indessen die Triebkräfte, die der jahreszeitlichen Produktionsentfaltung zugrunde liegen, so gibt es für derartige Erwartungen wenig Gründe.

Zwar wird die Bauwirtschaft versuchen, die erhöhten Rückstände beschleunigt aufzuarbeiten; die hiervon ausstrahlenden sekundären Impulse werden jedoch bei dem abgeflachten Trend, der sich jetzt auch in der Nachfrage nach Bauleistungen zeigt, nicht besonders stark ins Gewicht fallen. Der private Verbrauch hat auf die anomalen Bedingungen mit Umstrukturierungen re-

agiert. Durch eine Mehrnachfrage begünstigt waren aber vor allem Sparten, die sich durch den Nachfragestoß nur abgeschwächt anregen ließen (Primärenergie, Ernährungsgüter). Auf der anderen Seite standen als Verlierer solche Handelszweige, in denen eine zusätzliche Nachfrage eher zu einer realen Absatzzunahme und damit zu einer tatsächlichen Expansion geführt hätte. Hier dürfte es sich vielfach um endgültige Nachfrageausfälle handeln. Per Saldo, das heißt bei Gegenüberstellung der Mehrausgaben für Bedarfsbereiche, die stark mit Preiserhöhungen und Lagerabbau (Kohle) reagierten, und des Minderverbrauches an anderen Gütern, der nur teilweise nachgeholt werden dürfte, ist nicht nur ex post die Kälteeinwirkung auf die private Verbrauchernachfrage negativ zu beurteilen; vielmehr ist es auch ex ante unwahrscheinlich, daß sich aus der erzwungenen Änderung der Verbrauchsstruktur während der kalten Jahreszeit nun eine aufgestaute Nachfrage bemerkbar macht, unter deren Druck die Produktion auf ein höheres Niveau laufen würde.

Es bleiben somit insgesamt die endogenen Nachfragefaktoren maßgebend, die auf weitere Verlangsamung gerichtet sind: Schwächere Einkommenssteigerungen bei einem Arbeitsmarkt, der zu besserem Ausgleich neigt, bewirken auch im privaten Verbrauch abnehmende Zuwachsraten. Dabei erklärt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt primär aus nahezu stagnierenden Ausrüstungsinvestitionen und nur geringem Auftrieb im Export. Sekundär vermindert dies auch den Arbeitskräftebedarf der Verbrauchsgüterindustrien.

Wenn auch die verbleibenden Impulse, die im öffentlichen Verbrauch (obwohl abgeschwächt) und in der öffentlichen Investitionstätigkeit am stärksten sind, ausreichen werden, um die westdeutsche Wirtschaft wenigstens auf dem Pfad eines mäßigen Wachstums zu halten, fragt es sich doch, ob nicht der Zeitpunkt für gewisse anregende Maßnahmen gekommen ist.

Vorübergehend ist an dieser Stelle zwar die Ansicht vertreten worden, daß zusätzliche Maßnahmen nicht erforderlich seien, wenn die Baukonjunktur und andere vom öffentlichen Sektor ausgehenden Auftriebskräfte ungehindert erhalten blieben. Inzwischen werden jedoch die Versuche fortgesetzt, den Hochbau einschneidend zu dämpfen. Schon die Erwartung solcher Maßnahmen ändert das Klima auch in diesem Bereich, in dem die Nachfrage bisher noch drängt und nennenswerte Auftragsreserven vorhanden sind, der gleichzeitig aber auch in längst nicht mehr überhitzte Vorleistungsbereiche ausstrahlt und dort eine erwünschte stützende Funktion ausübt. Zu einem besseren Gleichgewicht der konjunkturtragenden Kräfte könnten solche kontraktiven Eingriffe nur dann führen, wenn an anderer Stelle die Nachfrage angeregt wird. Andernfalls ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß

eine Schwächung der Baunachfrage den negativen Tendenzen endgültig zum Übergewicht verhilft.

In dieser Lage gibt es nur zwei ernstlich zu prüfende Möglichkeiten: Entweder man verzichtet auf eine partielle Dämpfung und nimmt gewisse unerfreuliche Begleiterscheinungen hin, weil die vom Baumarkt ausgehenden Impulse erwünscht sind und nun auch am Arbeitsmarkt auf größeren Spielraum stoßen; oder man verbindet die Abschwächung der Nachfrage auf dem Baumarkt mit einer wirksamen Anregung der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen.

Wenn sicher auch der erste Weg administrativ einfacher und daher wirtschaftspolitisch wohl vorzuziehen ist, so spricht doch manches dafür, daß die gegenwärtige Phase, in der der Rückgang des Selbstfinanzierungsanteils der Wirtschaft an ihren Investitionen annähernd zum Stillstand gekommen ist, für eine Investitionsbelebung nicht ungünstig wäre. Gesetzestechisch könnte sie in der Form gegeben werden, daß die Bundesregierung von der ihr zum Zweck einer aktiven Konjunkturpolitik erteilten Ermächtigung Gebrauch macht, bei beweglichen Wirtschaftsgütern neben den üblichen Abschreibungssätzen Sonderabschreibungen in Höhe bis zu 10 vH zuzulassen. Eine solche Verordnung, deren Wirksamkeit auf einen begrenzten Zeitraum beschränkt wäre, könnte dazu führen, daß Investitionsprojekte beschleunigt begonnen werden, während ohne sie die sinkende Kapazitätsausnutzung die Investoren eher dazu veranlaßt, geplante Vorhaben nur zögernd in Auftrag zu geben. Wären so Sonderabschreibungen immerhin ein Mittel — und zwar das nächstliegende —, mit dessen Hilfe eine drohende Phase stagnierender Ausrüstungsinvestitionen abgekürzt werden könnte, so ist es für spürbare Impulse doch schwerlich ausreichend. Denn weder im Investitionskalkül (Rentabilität) noch in der Investitionsfinanzierung wirkt sich die Verlagerung der Steuerzahlung auf die folgenden Jahre stark genug aus. Eine Hoffnung auf endgültige Steuerersparnis und damit ein verstärkter Investitionsanreiz resultieren aus der Sonderabschreibung nur, wenn in Zukunft niedrigere Steuersätze (Tarifänderung) oder — bei progressiven Tarifen — niedrigere Gewinne zu erwarten sind. Um die Wirkung von Sonderabschreibungen, gekoppelt

mit Erwartungen auf Tarif- oder Gewinnsenkung, zu erzielen, wäre in der gegenwärtigen Situation, in der die Investoren, von Ausnahmen abgesehen, weder die eine noch die andere Erwartung hegen können, an sich ein Investitionsbonus erforderlich: ein bestimmter vH-Satz der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für Investitionsgüter, der unmittelbar von der Steuerschuld abgesetzt werden kann und somit zu einer endgültigen Steuerersparnis führt. Geht man aber davon aus, daß eine solche Form der Investitionsförderung unter den gegebenen Umständen kaum — und sicher nicht rasch genug — zu erreichen sein wird, daß aber Sonderabschreibungen allein ein zu schwaches Mittel der Investitionsbelebung sind, und daß schließlich bis zum Inkrafttreten von Vergünstigungen Zurückhaltung in den begünstigten Ausgaben geübt zu werden pflegt (wie umgekehrt ihre Abschaffung erst noch einen Nachfragestrom herbeiführt), so ist — wie bereits erwähnt — die konjunkturelle Stabilisierung durch ein Laufenlassen der bauwirtschaftlichen Expansion das bessere Mittel.

Auf die Einschränkung des § 7 b EStG — und damit der Nachfrage nach Wohnbauten — sollte also ebenso verzichtet werden wie auf die bereits wirksamen Dämpfungsmaßnahmen in anderen Bereichen des Hochbaus und auf Kürzungen in den Tiefbauetats. Dennoch wäre damit erst für die Erhaltung einer stützenden Kraft gesorgt. Wenn man sich aber mit dem bloßen Vermeiden einer Rezession nicht zufrieden gibt, das Absinken des Wachstumstempos also nicht mit „Normalisierung“ umschreibt, sondern die Prosperität der fünfziger Jahre auch in diesem Jahrzehnt sichern will, stellt sich die Frage nach den Voraussetzungen einer von neuem beschleunigten Zunahme der Nachfrage. Der Hochbaubereich wird, anders als 1958/59, kaum zu den Motoren einer solchen Beschleunigung gehören können. Eher schon kann man bei den gegenwärtigen Wettbewerbsverhältnissen und bei einer stärkeren Lieferbindung der deutschen Entwicklungshilfe auf ein erneutes Anziehen der Exportnachfrage hoffen. Stärkeres Wachstum kann diese aber nur induzieren, wenn die Basisnachfrage intakt bleibt. Die Frage spitzt sich damit weiterhin auf die wirtschaftliche Aktivität des Staates zu.

## Zum Bericht der mitteldeutschen Zentralverwaltung für Statistik über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1962

Der zusammenfassende Bericht über die „Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes“, den die Zentralverwaltung für Statistik nach mehrjähriger Pause nunmehr für das Jahr 1962 wieder vorgelegt hat, kann nicht mehr in allen Teilen das gleiche Interesse beanspruchen, das solchen Berichten früher zukam. Für die meisten Wirtschaftszweige wird das der Berichterstattung

zugrunde liegende Zahlenmaterial bereits laufend in der monatlichen Schnellberichtserstattung veröffentlicht und erlaubt insoweit wegen der weitergehenden Gliederung sogar genauere Einblicke, als die jetzt vorgelegte Zusammenfassung sie gibt<sup>1)</sup>. Von Interesse bleiben neben einigen aufschlußreichen Sätzen zur Begründung bestimmter

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 3/1963.

Entwicklungen vornehmlich die allerdings äußerst knappen Angaben zur Entwicklung und Verwendung des sogenannten Nationaleinkommens.

Das „Nationaleinkommen“ entspricht nach mitteldeutschen Vorstellungen etwa dem westdeutschen Nettosozialprodukt abzüglich wesentlicher Teile der Dienstleistungsbereiche; es hat sich nach dem Bericht im Jahre 1962 um nur 3,5 vH erhöht. Angesichts der Erhöhung der Industrieproduktion um 6 vH, der Erhöhung der Bauproduktion um 4 vH und der Handwerksleistungen um 5 vH ist diese Zunahme des Nationaleinkommens recht bescheiden. Der niedrige Zuwachs deutet darauf hin, daß neben dem Beitrag des Handels insbesondere der der Landwirtschaft, vor allem infolge des Versagens bei der viehwirtschaftlichen Produktion, wiederum beträchtlich hinter dem Vorjahrsergebnis zurückgeblieben ist.

Zur Verwendung dieses Nationaleinkommens wird angegeben, daß sich die sogenannte Akkumulation auf 20 vH und die Konsumtion auf 80 vH gestellt hat, das Verhältnis sich also gegenüber dem Vorjahre mit 18 und 82 vH nicht unbedeutend verschoben hat.

Die A k k u m u l a t i o n, d. h. Nettoinvestition und Lagerbildung, hätte sich demnach um 14 vH oder 2 Mrd. DM-Ost gegenüber dem Vorjahre erhöht. Von diesem Betrage entfällt nur ein kleiner Bruchteil auf die Erhöhung der Nettoinvestition, der größte Teil dagegen auf die Lagerbildung. Erwähnt wird zwar nur, daß sich die Bruttoinvestition um 1,4 vH, d. h. um 0,2 Mrd. DMO erhöht hat, doch wird die Erhöhung der Nettoinvestition kaum über diesen Betrag hinausgegangen sein.

Die Lagerbildung hätte damit wieder den Umfang des Jahres 1959 von fast 3 Mrd. DMO erreicht, nachdem sie 1961 auf etwas über 1 Mrd. DMO zurückgegangen war. Ob und wie weit es sich hierbei um die Auffüllung von in den Vorjahren aufgezehrten Vorratsreserven gehandelt hat oder ob die mehrfach erwähnte Verlagerung des industriellen Ausbaus auf Schwerpunktbereiche ein höheres Maß von Gütern im Prozeß verlangt hat, mag dahingestellt sein. Wahrscheinlich sind aber wiederum auch „Überplanbestände“ an sortiments- und qualitätsmäßig nicht absetzbaren Gütern zugewachsen.

Der Akkumulation gegenüber hätte der Verbrauch an Gütern nur um 1 vH, d. h. knapp 0,7 Mrd. DMO höher gelegen als im Vorjahre; von den beiden großen Verbrauchsbereichen ist der Verbrauch der privaten Haushaltungen sogar leicht zurückgegangen. Die Einzelhandelsumsätze, die mit 47,3 Mrd. DMO angegeben werden, haben um etwa 0,3 Mrd. DMO unter den Vorjahrsumsätzen gelegen, und es ist kaum anzunehmen, daß sich der sonstige private Verbrauch wesentlich ausgeweitet hat. Der öffentliche Verbrauch an Gütern hätte sich demnach ohne Berücksichtigung seines Anteils an den im „Nationaleinkom-

men“ nicht erfaßten Dienstleistungen um etwa 1 Milliarde DMO, d. h. um 15 bis 20 vH erhöht.

Da aus den laufenden Veröffentlichungen auch ein Rückgang in der Bildung privater Ersparnisse um 1 Milliarde DMO festzustellen ist, haben sich die Einkommen der privaten Haushaltungen um etwa 1,3 Mrd. DMO oder etwa 2,5 vH vermindert, d. h. stärker als der Rückgang im Güterverbrauch vermuten läßt. Von Einkommensrückgängen dürften insbesondere Mitglieder vieler landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften betroffen worden sein, aber auch die Arbeitnehmer, wobei die Lohn- und Gehaltseinbußen im einzelnen oft wesentlich über dem Durchschnitt gelegen haben werden.

Über den in der laufenden Berichterstattung nicht erwähnten Außenhandel enthält auch der zusammenfassende Bericht nur ganz wenige globale Angaben. Die hier ausgewiesenen Wertangaben und Zuwachsraten weichen überdies von den früher in den Volkswirtschaftsplänen veröffentlichten Zahlen erheblich ab und nennen gegenüber diesen für das Jahr 1961 ein um rund 670 Mill. VDM und für 1962 ein um 700 Mill. VDM höheres Umsatzvolumen. Wie bereits im Jahre 1956, als die Aufnahme der Uranerzexporte in die statistische Berichterstattung die Umsatzzahlen kommentarlos erhöhte, scheinen nunmehr auch die bisher nicht erfaßten „Regierungsimporte“, deren Umfang bisher nur nach Angaben der sowjetischen Statistik geschätzt werden konnte<sup>2)</sup>, stillschweigend mit in das Umsatzvolumen einbezogen zu sein. Damit ergibt sich dann auch die nahezu genaue Übereinstimmung der Summe der von 1959 bis 1962 entstandenen Importüberschüsse mit der Gesamtheit der von der Sowjetunion in Höhe von fast 4 Mrd. VDM gewährten Außenhandelskredite<sup>3)</sup>.

Die Erhöhung des Gesamtumsatzvolumens um 5 vH (Importzunahme 7 vH und Exportzunahme knapp 3 vH) mag, wie im Bericht ausgeführt wird, etwa im Rahmen der Außenhandelsplanung gelegen haben, die rein kommerziellen Umsätze (also ohne „Regierungsimporte“) haben es zweifellos nicht. Diese haben bei offenbar völlig planwidrigem Export-Import-Verhältnis mit 19,2 Mrd. VDM nur 5 vH über dem Vorjahre gelegen gegenüber der im Volkswirtschaftsplan geforderten Erhöhung um 6 vH.

Im einzelnen wird zu den Außenhandelsumsätzen im Bericht bei den Importen bemängelt, daß infolge des höheren Bedarfs an Lebensmittelimporten wichtige Rohstoffimporte zurückgestellt werden mußten; bei den Exporten wird dagegen von nur zum Teil besserer Erfüllung des Planes gesprochen und zum anderen Teil eine absolut

<sup>2)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 42/1962.

<sup>3)</sup> Bis zum Jahre 1958 scheinen die Regierungsimporte nicht über die Außenhandels-Verrechnungskonten gelaufen, sondern möglicherweise als Schulposten auf DM-Konten festgehalten zu sein. Auf solchen Konten müssen auch weitere Verpflichtungen, wie zum Beispiel der Kaufpreis für 50 vH der Anteile an der Wismut A. G., verbucht worden sein. Über die Höhe dieser Verschuldung, die ebenfalls beträchtlich sein kann, fehlt jede Angabe.

unzureichende Erfüllung zugegeben. Bereits vorher war außerdem gesagt worden, daß ein größerer Exportrückstand aufgelaufen sei und diese Verpflichtungen den kommerziellen Exportplan für 1963 zusätzlich belasten würden.

Im Volkswirtschaftsplan für 1963 ist eine ausgleichene Außenhandelsbilanz ohne Neuaufnahme von Krediten vorgesehen. Die Exporte

sollen um 1,4 Mrd. DMO erhöht und die Exportrückstände abgebaut werden, um etwa gleich hohe kommerzielle und Regierungsimporte wie 1962 durchführen zu können. Dieses Exportprogramm aber stellt zweifellos eine recht erhebliche neue Belastung für die künftige Entwicklung des Inlandsverbrauchs und der Investitionsmöglichkeiten dar.

## Struktur und Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in Mitteldeutschland

Eine Analyse der mitteldeutschen Arbeitnehmereinkommen wird für die letzten Jahre vor allem durch die sehr unergiebig amtl. Statistik erschwert. Zwar finden sich auch vereinzelt Hinweise in amtlichen Rechenschafts- und Erfüllungsberichten und in der wissenschaftlichen Literatur, doch ist bei diesen Einzelangaben die zugrunde liegende Begriffsbildung oft unbestimmt.

Noch bis 1958 wurden die von den Betrieben und Verwaltungen (ohne Betriebe, die dem früheren Amt für Technik unterstellt sind, und ohne Militär u. ä.) gezahlten Lohn- und Gehaltssummen laufend veröffentlicht. Seitdem beschränkt sich die offizielle statistische Berichterstattung auf das sogenannte „durchschnittliche Arbeitseinkommen“ von vollbeschäftigten Arbeitern und Angestellten, das auch staatliche Einkommensübertragungen und nicht zum Lohn zählende Zuwendungen enthält und deshalb für eine Darstellung der tatsächlichen Lohnentwicklung ungeeignet ist.

Untersuchungen über die neuere Lohnentwicklung haben sich daher zumeist auf eine Fortschreibung der bis 1958 vorliegenden Angaben beschränkt. Allerdings waren dabei nur sehr wenige Indikatoren verfügbar; insbesondere blieb die Entwicklung der außerhalb der Tariflöhne erzielten sonstigen Lohn Einkünfte ungewiß, deren Bedeutung seit der im Jahre 1958 erfolgten Aufhebung der Lebensmittelkartenrationierung durch die Schaffung eines besonderen Systems von Lohnzuschlägen gestiegen ist. Auch mußten die Lohn einkommen derjenigen Beschäftigten unberücksichtigt bleiben, über die von der amtlichen Statistik nicht berichtet wird<sup>1)</sup>.

Um diese Schwächen auszuschalten, geht das DIW bei der Untersuchung über die Entwicklung der Einkommen aller beschäftigten Arbeitnehmer in Mitteldeutschland (Arbeiter und Angestellte, einschl. Lehrlinge, Heimarbeiter und Soldaten) von den sogenannten Geldeinnahmen der Bevölkerung und deren Aufteilung auf Arbeitnehmer und übrige soziale Gruppen aus. Einen unmittelbaren Vergleich mit Aggregaten einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung westlicher

Prägung gestatten diese „Geldeinnahmen“ allerdings nicht. Als Geldebilanzgröße einer Bruttorechnung enthalten sie neben allen Bruttogeldeinkommen einerseits Zuflüsse, die keinen Einkommenscharakter haben (Lotteriegewinne, gesamtes Mietaufkommen), vernachlässigen andererseits aber außerhalb des Geldkreislaufs entstehende Einkommen und auch den Gegenwert für die Nutzung von Eigenheimen. Insgesamt jedoch sind diese Abweichungen entweder kalkulierbar oder von geringem Gewicht. Für den Kreis der Arbeitnehmer spielen sie fast keine Rolle, da hier auch die Deputate, entgegen dem Begriff der „Geldeinnahmen“, in diese Größe einbezogen sind. Damit ist gewährleistet, daß sich die Ergebnisse reibungslos in ein Gebäude makroökonomischer Wertgrößen einfügen lassen und daß sie weiterhin einen Vergleich der Nominal einkommen mit westlichen Ländern, insbesondere der Bundesrepublik, gestatten.

### Die Arbeitnehmereinkommen seit 1955

Seit 1955 haben sich die **G e l d e i n n a h m e n** der mitteldeutschen Arbeiter und Angestellten von 32,9 Mrd. DMO um 40 vH auf 46,0 Mrd. DMO (1961) erhöht. Ihr Anteil an den Geldeinnahmen der Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum von rd. 70 vH auf 68 vH gefallen, nachdem er vorübergehend (1958) unter 67 vH gelegen hatte. Vor allem in den Jahren 1955 bis 1957 ist der Anteil der Arbeitnehmer an den privaten Gesamteinnahmen gesunken, sowohl als Folge der vorübergehend stärker steigenden Einkünfte der Handwerker, Landwirte und übrigen Selbständigen, als auch wegen der Rentenerhöhungen vom November 1957, durch welche sich das Gewicht der den Nichterwerbstätigen zufließenden Einnahmen erhöhte.

Eine Änderung dieser den Zielen der mitteldeutschen Wirtschaftsführung zuwiderlaufenden Entwicklung in der Einkommensverteilung wurde 1958 durch eine recht kräftige Lohnexpansion und durch eine verschärfte Besteuerung der Handwerker und Selbständigen eingeleitet. Auch die Aufhebung der Lebensmittelkartenrationierung im gleichen Jahr hat zu einer gleichzeitigen Erhöhung der Arbeitnehmereinkünfte geführt; so erhöhten sich die „sonstigen Lohn einkommen“

<sup>1)</sup> Vgl. H. Markmann in „WWI-Mitteilungen“ Nr. 2/1961 und 12/1961 sowie H. Braune in „SBZ-Archiv“ Nr. 23/1961.

**Die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen<sup>1)</sup> in Mitteldeu tschland**

Jahr	Aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge	Sonstige Lohn-einkünfte <sup>2)</sup>	Sozial-einkommen <sup>3)</sup>	Sonstige Einnahmen <sup>4)</sup>	Einkommen gesamt <sup>5)</sup>
in Mrd. DMO					
1955	30,2	1,1	0,9	0,7	32,9
1956	31,1	1,1	0,9	0,8	33,9
1957	32,8	1,1	1,0	0,9	35,8
1958	33,6	1,8	1,5	1,1	38,0
1959	36,5	1,9	2,1	1,3	41,8
1960	39,0	1,8	2,3	1,4	44,5
1961	40,5	1,7	2,3	1,5	46,0
Anteile in vH					
1955	91,8	3,4	2,7	2,1	100,0
1956	91,8	3,2	2,6	2,4	100,0
1957	91,6	3,1	2,8	2,5	100,0
1958	88,4	4,7	4,0	2,9	100,0
1959	87,3	4,6	5,0	3,1	100,0
1960	87,6	4,0	5,2	3,2	100,0
1961	88,0	3,7	5,0	3,3	100,0

<sup>1)</sup> Einkommen der Arbeiter und Angestellten, einschl. Lehrlinge, Heimarbeiter und Soldaten. Für 1961 vorläufige Zahlen. — <sup>2)</sup> Prämien aus dem Betriebsprämienfonds; sonstige Prämien; Lohn- und Sonderzuschläge, die seit der im Mai 1958 erfolgten Aufhebung d. Lebensmittelrationierung gezahlt werden, Weihnachtsgratifikationen, Krankengeldzuschüsse der Betriebe. — <sup>3)</sup> Krankengeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Ehegatten- und Kinderzuschläge, Geburtenbeihilfen, Geldzuwendungen von Gesellschaftlichen Organisationen (FDGB) usw. — <sup>4)</sup> Zinsen aus Spareinlagen, Uraltguthaben, Rückvergütungen der Konsumgenossenschaften, Einnahmen aus Lotterien und Versicherungen usw. — <sup>5)</sup> Einschl. geringer Einnahmen ohne Einkommenscharakter.

Quellen: Stat. Jahrbücher der DDR 1955—1961/62, Jahrbücher der DDR 1958—1961; Deutsche Finanzwirtschaft 1960 (S. 247, G 251, G 330, 1961 S. G 42); W. Heinrichs: „Ökonomik des Binnenhandels der DDR“, Berlin 1961; Autorenkollektiv „Das Finanzsystem der DDR“, Berlin 1962; A. Kreck: „Die volkswirtschaftliche Bilanzierung der Geldeinnahmen...“, Berlin 1962. Berechnungen und Schätzungen des DIW.

teilung abzielenden Maßnahmen allmählich zu einem wieder wachsenden Anteil der Arbeitnehmer an den Geldeinnahmen.

Erhöht haben sich aber auch die sonstigen Einnahmen, die im wesentlichen Zinsgutschriften und in den Jahren 1958 und 1959 Zinsnachzahlungen und Ablösungen der Uraltguthaben-Anleihe enthalten.

**Die Durchschnittslöhne und -gehälter**

Die Zahl der Beschäftigten in Mitteldeu tschland hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Durchschnittlich waren beschäftigt

1955	6975
1956	6960
1957	7075
1958	7030
1959	7100
1960	7055
1961	6995

Arbeiter und Angestellte (einschl. Lehrlinge, Heimarbeiter und Soldaten<sup>2)</sup>). Die für die Summe der Arbeitnehmereinkommen festgestellten Tendenzen gelten somit grundsätzlich auch für die durchschnittlichen Löhne und Gehälter.

Eine Darstellung ihrer Entwicklung muß aber, wenn ein Vergleich mit der Bundesrepublik möglich sein soll, jene Einkommensbestandteile unberücksichtigt lassen, die nicht als Arbeitseinkommen gelten; vor allem sind dies die Einkommensübertragungen und die Einnahmen aus Vermögen usw. Da in der Bundesrepublik die Ehegatten- und Kinderzulagen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Lohn- und Gehaltssumme enthalten sind, kann eine Vergleichbarkeit zwischen Ost und West nur durch die volle Einbeziehung aller dieser an Arbeitnehmer fließenden Beträge hergestellt werden. In der Bundesrepublik müssen daher noch die Leistungen nach dem Kindergeldgesetz und dem Kindergeldkassengesetz zur offiziellen Lohn- und Gehaltssumme hinzugerechnet werden, in Mittel-

<sup>2)</sup> Allerdings hat sich innerhalb dieses Zeitraumes der Anteil der Lehrlinge von 6,7 vH auf 3,9 vH verringert.

künfte“ der Arbeiter und Angestellten, die neben den Prämien und Krankengeldzuschüssen der Betriebe auch einen Teil der damals eingeführten Lohn- und Sonderzuschläge enthalten, im Jahre 1958 um fast 700 Mill. DMO. Ihr Anteil an den Einnahmen der Arbeitnehmer stieg von 3,1 vH auf 4,7 vH. Die an Arbeitnehmer gezahlten Sozial-einkommen, die bis 1957 im wesentlichen nur aus Sozialversicherungsleistungen bestanden hatten, erfuhren durch die Gewährung staatlicher Kinder- und Ehegattenzuschläge eine starke Ausweitung. In ihrer Gesamtheit führten diese auf die Änderung der Einkommensver-

**Die durchschnittlichen monatlichen Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in Mitteldeu tschland und in der Bundesrepublik**

Jahr	Bundesrepublik <sup>2)</sup>						Mitteldeu tschland					
	Bruttolöhne und -gehälter <sup>3)</sup>		Lohnabzüge		Nettolöhne und -gehälter		Bruttolöhne und -gehälter <sup>4)</sup>		Lohnabzüge		Nettolöhne und -gehälter	
	DM monatlich	Zuwachs in vH	DM monatlich	in vH d. Bruttolöhne	DM monatlich	Zuwachs in vH	DMO monatlich	Zuwachs in vH	DMO monatlich	in vH d. Bruttolöhne	DMO monatlich	Zuwachs in vH
1955	369	.	52	14,1	317	.	374	.	44	11,8	330	.
1956	398	7,8	58	14,5	340	7,3	385	2,9	47	12,2	338	2,4
1957	418	5,0	59	14,1	359	5,5	399	3,6	49	12,4	350	3,5
1958	445	6,5	67	15,0	378	5,4	425	6,5	52	12,2	373	6,6
1959	468	5,1	69	14,7	399	5,5	462	8,7	57	12,3	405	8,6
1960	512	9,4	81	15,8	431	8,0	492	6,5	61	12,4	431	6,4
1961	563	10,0	93	16,6	470	9,1	513	4,2	65	12,7	448	3,9

<sup>1)</sup> Einschl. Lehrlinge, Heimarbeiter, Soldaten, Teilbeschäftigte und zeitweilig nicht Arbeitende. — <sup>2)</sup> Einschl. West-Berlin; ab 1960 einschl. Saarland. — <sup>3)</sup> Bruttolohn- und Gehaltssummen einschl. Leistungen nach dem Kindergeldgesetz und dem Kindergeldkassengesetz, sowie der Krankengeldzuschüsse der Arbeitgeber <sup>4)</sup> Aus dem „Lohnfonds“ gezahlte Beträge einschl. der „sonstigen Lohn-einkünfte“ sowie der Ehegatten- und Kinderzuschläge. — <sup>5)</sup> Vorläufige Zahlen.

Quellen: Mitteldeu tschland: Vgl. vorstehende Tabelle. — Bundesrepublik: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die Bundesrepublik“; Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1957—1962. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

deutschland sämtliche Ehegatten- und Kinderzuschläge.

In beiden Teilen Deutschlands haben im Jahre 1955 die Arbeiter und Angestellten (einschl. Lehrlinge, Heimarbeiter und Soldaten) etwa das gleiche Bruttoarbeitseinkommen bezogen. In Mitteldeutschland sind jedoch die Bruttobezüge mit weniger Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen belastet als in der Bundesrepublik. Zwar sieht der mitteldeutsche Lohnsteuertarif in den unteren Einkommensgruppen eine höhere Besteuerung als in der Bundesrepublik vor, doch sind die außerhalb des Lohnfonds erzielten Einkünfte im wesentlichen steuerfrei. Auch ist der Arbeitnehmeranteil zu den Sozialversicherungsbeiträgen in Mitteldeutschland seit Gründung der Einheitsversicherung bei 10 vH der versicherungspflichtigen Einkünfte (Höchstgrenze 600 DMO) belassen worden, so daß sich die Einkommenserhöhungen mit zunehmendem Anteil der außerhalb des „Lohnfonds“ gezahlten Beträge im Gegensatz zur Bundesrepublik nur geringfügig auf die Höhe der Lohnabzüge ausgewirkt haben.

So stiegen zwar die westdeutschen Bruttolöhne und -gehälter stärker und übertrafen die mitteldeutschen Arbeitseinkommen 1960 um rund 3,5 vH; die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter aber lagen bis 1960 in beiden Teilen Deutschlands dicht beieinander. Erst die im Spätsommer 1961 mit dem „Produktionsaufgebot“ eingeleitete Normenüberprüfung stoppte die steigende mitteldeutsche Einkommensentwicklung, wenn sich auch die daraus resultierende Einkommensminderungen im Ergebnis des Jahres 1961, das noch um knapp 4 vH über dem Vorjahresergebnis lag, nicht voll auswirken konnten. Da sich im gleichen Jahr aber die westdeutschen Durchschnittsnettolöhne und -gehälter um 9 vH erhöhten, fielen die mitteldeutschen Löhne bereits um 5 vH zurück.

Aus der vergleichenden Betrachtung der Nominaleinkommen allein können jedoch noch keine Rückschlüsse auf den Lebensstandard der Bevölkerung gezogen werden. Für diesen ist das Preisniveau ebenso entscheidend wie Qualität, Sortiment und sofortige Verfügbarkeit der angebotenen Güter und Dienstleistungen. In allen diesen Punkten ist der mitteldeutsche Verbraucher schlechter gestellt als der westdeutsche. Aus früheren Untersuchungen des DIW<sup>3)</sup>, in denen die nicht quantifizierbaren Unterschiede unberücksichtigt bleiben mußten, ergaben sich in

<sup>3)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 48/1961.

Mitteldeutschland für die mittlere Verbrauchergruppe um rund 20 vH (1961) höhere Lebenshaltungskosten als in der Bundesrepublik. Schon auf Grund der geringeren Kaufkraft der Einkommen also muß deshalb ein Vergleich der Lebenslage zu einem für die mitteldeutschen Arbeitnehmer ungünstigeren Ergebnis führen, als es sich aus einem bloßen Einkommensvergleich ergibt.

#### Ausblick auf die weitere Entwicklung

Nach der amtlichen Statistik ist bereits 1961 die Ersparnis der Bevölkerung Mitteldeutschlands einschließlich des Bargeldumlaufs rückläufig gewesen. So sank die „Akkumulation der Bevölkerung“ 1961 um mehr als eine Milliarde DMO oder 29 vH. Diese rückläufige Ersparnisbildung erklärt sich daraus, daß 1961 die Geldeinnahmen der mitteldeutschen Bevölkerung nur noch um 2 Mrd. DMO oder 3 vH wuchsen, während allein der Einzelhandelsumsatz nochmals um 2,5 Mrd. DMO anstieg. Im Jahre 1962 dagegen ging neben einer erneuten Schrumpfung der Ersparnisbildung (Akkumulation der Bevölkerung) um mehr als 25 vH — sie betrug nur noch 2 Mrd. DMO gegenüber knapp 3 Mrd. DMO 1961 — erstmals auch der Einzelhandelsumsatz um 300 Mill. DMO = 0,6 vH zurück. Da die Aggregate „Einzelhandelsumsatz“ und „Akkumulation der Bevölkerung“ rund 75 vH der „Geldausgaben der Bevölkerung“ repräsentieren, müssen — bei gegebener sehr geringer Elastizität in den übrigen Bereichen der Einkommensverwendung (Dienstleistungen, Versicherungsbeiträge, Steuern, Gebühren, Lotterien usw.) — die Einkommen der mitteldeutschen Bevölkerung gesunken sein. Während sich 1962 die durchschnittlichen Monatslöhne und -gehälter in der Bundesrepublik auf 610 DMO brutto bzw. 505 DM netto erhöhten, dürften sie in Mitteldeutschland auf ungefähr 500 DM brutto bzw. 440 DMO netto zurückgegangen sein. Danach sind die in Mitteldeutschland gezahlten durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommen der beschäftigten Arbeitnehmer innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr auf weniger als 90 vH des westdeutschen Standes gesunken.

Nach Ankündigungen der mitteldeutschen Planungsinstanzen und angesichts des geplanten Warenangebots ist auch im laufenden Jahr kaum mit Einkommenserhöhungen zu rechnen. Dagegen wird in Anbetracht der steigenden Staatshaushaltszuschüsse zur Sozialversicherung eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge erwogen, die eine weitere Minderung der Nettolöhne und -gehälter zur Folge haben würde.

Gegenstand	Einheit †)		1961	1962	1961					1962					1963	
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		Dez.
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>																
Geburtenüberschuß, absolut	Anzahl	S	79072	65106	7929	8145	7873	5929	3304	4271	8951	8425	8108	6876	4594	.
„ je 1000 d. Bevölkerung	Jahresbasis		4,6	3,8	5,5	5,8	5,8	4,2	2,3	3,0	6,1	5,9	5,6	4,9	3,1	.
<b>Industrie<sup>1)</sup></b>																
Bruttoproduktion (o. Bauleistg.) <sup>2)</sup>	Mill. DM-Ost	S	75305	79871	6339	6540	6558	6873	6646	6250	6809	6663	7121	7218	6615	6141
dar. volkseigene Betriebe	vH		84,9	85,0	84,5	84,8	84,9	85,2	85,2	85,4	84,8	84,9	84,9	85,1	85,3	85,2
„ halbstaatl. Betriebe	„		8,2	8,6	8,2	8,3	8,2	8,2	8,3	8,2	8,7	8,7	8,8	8,7	8,6	8,6
„ private Betriebe	„		3,5	2,8	3,1	3,1	3,5	3,0	3,0	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	2,7	2,6
Index d. ind. Bruttoproduktion	1955 = 100		163,7	173,6	165,4	170,6	171,1	179,3	173,4	163,0	177,6	173,8	185,8	188,3	172,6	160,2
dar. Grundstoffindustrie	„		163,4	173,1	167,4	169,3	169,4	171,3	164,5	168,1	179,5	174,0	181,3	178,9	168,1	159,0
„ Metallverarbeitende Ind.	„		191,2	209,6	191,1	203,5	201,8	208,9	218,9	190,0	215,0	214,1	221,3	224,3	212,7	195,7
„ Leichtindustrie	„		145,5	152,8	145,2	152,6	148,6	232,9	227,9	147,4	154,5	152,4	164,9	164,2	144,5	142,1
„ Nahr.- u. Genussm.-Ind.	„		143,6	143,3	145,2	141,6	154,4	176,1	147,8	133,3	144,3	135,4	165,0	180,2	151,7	130,0
Produkt. ausgewählt. Erzeugnisse																
Elektroenergie	Mill. kWh		42515	45075	3417	3448	3705	3799	3959	4009	3662	3681	3976	4044	4209	4242
Rohbraunkohle	Mill. t		237,0	244,9	20,2	19,8	20,5	19,9	19,8	20,8	21,0	20,6	21,0	20,7	21,2	21,6
Braunkohlenbriketts	1000 t	S	57996	59726	5073	4933	5096	4815	4629	4978	5105	4975	5144	4959	4964	4825
Roheisen	„		2050,3	2075,3	179,7	166,9	175,0	175,2	172,9	180,9	164,5	173,7	182,8	172,2	172,2	170,0
Rohstahl in Blöcken	„		3444,4	3622,4	284,1	287,4	307,2	299,5	295,8	308,6	308,2	297,6	309,2	294,8	295,8	264,6
Walzstahl, warmgewalzt <sup>3)</sup>	„		2371,1	2453,4	198,9	202,6	204,2	202,2	192,5	193,5	212,0	204,8	208,3	208,3	198,6	190,1
Schwefelsäure	1000 t SO <sub>3</sub>		668,1	702,9	57,9	57,2	63,6	62,0	58,7	61,3	59,8	58,2	59,9	56,8	58,7	58,1
Kalziumcarbid	1000 t		951,3	1013,2	72,0	76,5	86,3	80,0	85,8	86,6	83,6	85,1	83,8	83,9	90,1	80,8
Stickstoffdünger	1000 t N		350,1	338,2	26,9	26,4	28,1	28,7	27,7	28,6	28,1	28,2	30,9	27,3	28,2	22,0
Phosphordünger	1000 t P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>		171,9	181,0	15,6	14,3	14,9	13,6	18,2	13,7	13,9	12,0	14,5	15,1	16,0	12,3
Synthetischer Kautschuk	t		89859	89044	7615	6955	7483	7539	7611	7376	7655	7406	7637	7022	7399	6759
Zement	1000 t		5273,3	5432,2	453,3	480,5	489,9	455,6	384,6	430,5	468,3	487,3	450,8	433,7	425,4	306,3
Kühlschränke	Stück		166094	191560	14075	15978	17173	16935	15629	15817	16456	16307	15736	16729	14517	10351
Fernsehempfänger	„		373960	461187	50136	26549	27553	25459	29161	35353	41431	39193	42555	42665	36662	44703
Baumwollgewebe	Mill. qm		263,5	284,5	21,1	21,1	22,4	23,5	23,7	21,5	25,4	21,0	26,7	26,4	23,8	20,8
Zellstoff aller Sorten	1000 t atro		341,6	344,2	30,8	28,0	29,6	28,5	27,3	29,2	30,4	27,0	29,3	29,2	27,9	28,1
Papier aller Sorten	1000 t		564,3	583,8	49,8	47,1	46,1	49,8	44,1	50,7	50,5	48,2	50,9	50,6	44,6	46,5
Karton und Pappe	„		270,4	283,5	22,8	23,1	22,2	23,3	22,1	23,2	24,3	23,8	24,4	24,1	21,1	21,1
Margarine	„		177,3	206,5	17,0	14,6	15,7	17,7	14,4	9,7	19,8	21,1	20,5	21,4	14,9	12,9
<b>Bauindustrie<sup>1)</sup></b>																
Produktion insges.	Mill. DM	D/S	444,4	472,5	471,5	504,7	499,3	486,4	416,9	339,8	525,1	523,0	528,2	513,5	417,7	218,1
dar. volkseigene Betriebe	„		378,2	403,8	402,7	430,7	428,2	414,9	342,4	290,2	439,9	435,7	441,6	426,6	330,8	173,1
Produktionsarbeiter in VER <sup>4)</sup>	1000		172,3	165,8						168,6	166,1	169,1	168,0	164,9	163,0	154,8
<b>Landwirtschaftl. Produktion<sup>1)</sup></b>																
Schlachtvieh (ohne Geflügel)	1000 t	S	1326,8	1101,1	101,4	97,7	106,4	140,7	149,6			217,7			363,4	
Lebendgewicht	„		5611,9	5215,8	525,1	479,3	468,6	413,2	393,0	386,2	504,9	458,3	451,5	419,1	408,1	400,8
Kuhmilch (3,5 % Fettgehalt)	„															
<b>Verkehr<sup>1)</sup></b>																
Gütertransportmenge, insges.	Mill. t	S	548,9	579,6	47,2	48,4	48,9	47,6	41,9	43,7	51,8	50,6	53,1	51,7	44,5	39,0
dar. Anteil Reichsbahn	vH		45,3	44,8	44,9	43,0	45,7	45,6	46,5	47,3	43,4	43,4	43,2	43,5	46,3	45,1
„ Kraftwagen	„		52,2	52,8	52,3	52,1	51,9	51,7	51,6	51,1	53,9	53,9	54,3	53,6	51,2	54,1
Gütertransportleistung, insges.	Mill. tkm	S	53557	59527	4997	4650	4635	4498	4230	4373	5165	5291	5394	5176	5280	4001
davon Anteil Reichsbahn <sup>5)</sup>	vH		64,8	62,9	60,3	63,5	67,7	66,6	66,1	70,1	61,7	59,3	60,2	57,9	60,0	.
„ Binnenschifffahrt <sup>6)</sup>	„		4,1	3,6	4,8	4,7	4,1	4,2	3,1	1,9	3,9	3,3	3,5	3,9	2,3	.
„ Seeschifffahrt	„		21,2	24,0	25,5	21,5	18,0	18,7	20,5	18,3	24,4	28,0	26,3	28,0	29,1	.
„ Kraftwagen	„		9,9	9,5	9,4	10,3	10,2	10,5	10,3	9,7	10,0	9,4	10,0	10,2	8,6	.
<b>Einzelhandel<sup>1)</sup></b>																
Einzelhandelsumsatz, insges.	Mill. DM-Ost	S	47584	47317	4274	4062	4174	4276	5021	3354	4008	3831	4045	4185	4956	3150
dav. Nahrungs- u. Genussmittel	vH		55,1	56,4	53,8	55,6	54,3	51,9	53,0	57,3	58,9	57,4	54,9	52,8	53,8	60,0
Industriewaren	„		44,9	43,6	46,2	44,4	45,7	48,1	47,0	42,7	41,1	42,6	45,1	47,2	46,2	40,0
Umsatzanteil HO <sup>7)</sup>	„		44,7	42,6	43,9	43,2	43,0	43,9	44,7	43,7	42,0	41,6	41,2	42,2	43,4	40,7
„ Konsum	„		33,4	33,3	34,5	33,6	33,3	33,6	33,2	33,6	33,7	33,3	33,3	33,6	34,0	33,6
„ Priv. Einzelhandel	„		21,9	24,1	21,6	23,2	23,7	22,5	22,1	22,7	24,3	25,1	25,5	24,2	22,6	25,7
<b>Interzonenhandel<sup>8)</sup></b>																
Bezüge aus dem Währungsgebiet der DM-West	1000 VE <sup>9)</sup>	S	872859	854106	59863	45188	63843	69919	105180	49840	74749	71890	91949	78985	121977	56147
a) aus Westdeutschland	„		808267	790256	55424	41540	60354	65809	98890	44275	68784	67757	85264	74403	117345	52614
dar. Nahrungsmittel	„		27892	87975	1116	668	176	2907	5247	5298	8239	7259	6877	4814	12017	8427
„ Maschinen	„		105098	59058	10147	9581	11536	9250	14283	8869	3200	4199	9821	4962	10214	5285
„ Eisen und Stahl	„		220986	217608	15369	9160	12784	22763	27257	7999	20652	21208	25936	24427	33194	7859
„ Chemische Erzeugnisse	„		102970	84487	4370	4429	6282	4679	6190	3387	5779	4189	6201	3961	4299	4732
b) aus West-Berlin	„		64592	63850	4439	3648	3489	4110	6290	5565	6001	4133	6685	4582	4632	3533
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse	„		19370	7348	1866	1505	1065	779	944	1068	353	642	933	1219	1097	366
Lieferungen in das Währungsgebiet der DM-West	„		940916	914473	78071	75430	81712	93508	86103	86571	80613	66688	72170	69696	92616	66389
a) nach Westdeutschland	„		775492	749018	62376	60617	65851	73899	72434	74310	69068	58217	58058	59160	78235	56662
dar. Benzin, Öl, Teer usw.	„		177309	190625	15975	15965	14730	15858	12156	17420	20192	17511	12198	11626	16060	15210
„ Maschinen	„		62280	56612	4328	6377	3028	8906	6529	6716	3462	3017	5949	4364	6970	3806
„ Textilien	„		97311	77536	8740	6394	11244	10457	9430	9535	5499	5886	700			

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1961 Dez.	1962												1963			
				Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Anzahl der Werktage				22,0	22,7	20,8	23,0	19,8	21,8	20,2	22,8	23,7	21,0	23,8	21,2	19,2	22,8	20,8	
<b>Arbeitsmarkt</b>																			
Beschäftigte <sup>1)</sup>	BRD*)	1000	VD	882	1891,0	883	2025,0	895	2036,0	894	2036,0	894	2030,5	890	890	890	890	890	
darunter weibliche	BRD*)	vH	VD	44,2	33,5	44,1	33,2	43,6	33,1	43,7	43,7	33,2	44,0	33,2	44,0	33,2	44,0	33,2	
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	BRD*)	1000	"	223	268	257	190	122	98	88	85	83	93	121	219	393	401		
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern <sup>2)</sup>	BRD*)	vH	"	1,9	1,3	1,2	0,9	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	1,0	1,8	1,9		
Unterstützte Arbeitslose <sup>4)</sup>	BRD*)	1000	M	121	238	236	206	104	76	64	59	55	54	65	129	273	346		
Off. Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD*)	"	E	13	16	15	14	11	9	8	7	6	7	8	11	13	13		
Arbeitslose je 100 off. Stellen	BRD*)	Anzahl	"	53	53	46	33	21	17	15	14	14	17	26	54	90	84		
	W-B	"	"	87	86	74	66	54	42	35	30	29	30	36	52	91	82		
<b>Einkommen</b>																			
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD*)	Mill. DM	S	3633,0	3523,3	3216,0	3479,8	3487,9	3710,5	3659,0	3676,0	3778,2	3517,0	3762,9	3926,4	3830,5	3744,8	3272,4	
Gehälter in der Industrie	"	"	"	1472,0	1365,6	1321,4	1363,8	1381,5	1406,4	1422,8	1412,1	1412,0	1414,8	1425,8	1519,9	1646,1	1515,6	1456,4	
<b>Beschäftigung d. Ind.<sup>5)</sup></b>																			
Beschäftigte																			
Gesamte Industrie	BRD*)	1000	E	7977,4	7974,0	7985,2	7999,9	8054,8	8062,4	8043,6	8059,3	8069,5	8057,3	8063,2	8071,1	7994,5	7957,0	7948,9	
Bergbau	"	"	"	570,6	566,5	563,5	560,9	561,0	556,2	551,7	546,8	543,4	540,2	536,8	535,0	531,7	527,8	526,9	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	1743,5	1726,1	1727,1	1738,3	1755,8	1757,8	1753,7	1763,0	1763,7	1758,1	1753,7	1750,5	1726,9	1696,6	1687,2	
Investitionsgüterind.	"	"	"	3201,7	3215,0	3225,8	3231,1	3264,2	3274,3	3270,6	3280,6	3290,8	3286,6	3287,0	3288,8	3271,6	3273,2	3272,7	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1966,5	1978,8	1982,4	1982,5	1988,8	1986,1	1973,9	1968,6	1966,9	1963,9	1971,5	1979,7	1966,2	1966,4	1969,0	
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	495,1	487,6	486,4	487,0	484,9	488,0	491,7	500,2	504,6	508,5	519,2	517,1	498,0	493,1	493,1	
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	250,6	239,4	240,7	252,2	262,9	265,7	266,4	268,5	268,7	268,0	267,3	264,9	249,3	219,4	212,7	
Eisen- u. Stahl- u. Tempergieß.	"	"	"	363,6	362,9	361,5	361,4	364,2	363,6	362,7	365,2	365,2	363,9	361,9	358,7	358,4	357,0		
Eisen-, Stahl- u. Tempergieß.	"	"	"	145,6	145,8	146,1	145,4	145,6	145,1	144,4	144,2	143,9	143,3	142,8	142,6	141,5	140,5	140,8	
NE-Metallindustrie	"	"	"	83,6	83,4	83,1	82,7	82,9	82,6	82,8	82,8	82,8	82,5	82,0	82,1	81,8	82,5	82,4	
Chemische Industrie	"	"	"	480,0	480,0	480,9	481,3	484,3	485,2	485,2	487,9	488,6	486,2	485,5	485,1	482,4	487,1	487,2	
Stahlbau	"	"	"	203,4	204,1	205,3	205,7	207,5	208,0	207,8	208,1	209,0	209,0	208,5	208,9	206,1	204,8	203,4	
Maschinenbau	"	"	"	1002,7	1010,8	1011,6	1012,0	1025,1	1028,8	1026,6	1027,9	1029,2	1023,6	1019,5	1017,1	1013,5	1015,8	1014,4	
Fahrzeugbau	"	"	"	399,7	425,5	430,3	433,0	437,5	441,3	443,8	447,7	453,4	457,3	461,9	463,7	458,4	458,4	461,2	
Schiffbau	"	"	"	94,2	94,5	94,5	94,5	95,5	95,2	94,8	94,6	92,1	90,7	88,3	87,0	86,6	85,7		
Elektrotechnische Ind.	"	"	"	788,7	788,3	791,7	794,1	802,1	803,9	802,5	806,1	809,5	810,0	809,6	810,4	806,5	805,0	805,8	
Feinmech. u. opt. Ind.	"	"	"	151,6	148,8	148,9	149,1	149,6	149,2	148,8	149,2	148,8	149,0	148,7	149,0	148,2	148,4	147,8	
Eisen-, Blech- u. Metallw.	"	"	"	399,3	380,5	380,9	381,0	383,3	383,5	382,4	383,1	384,1	383,1	385,1	386,7	384,2	392,1	392,0	
Holzverarbeitende Ind.	"	"	"	217,6	218,6	218,3	218,2	218,3	218,1	217,8	218,0	218,6	218,8	220,5	221,5	219,8	219,5	218,4	
Druckerei u. Vervielfältig.	"	"	"	185,7	185,9	187,0	187,1	189,1	189,4	189,0	189,5	190,4	190,8	191,1	189,9	190,2	190,3		
Textilindustrie	"	"	"	596,8	597,2	595,3	592,8	592,6	590,4	585,7	580,8	577,8	570,3	576,3	578,3	574,6	574,1	575,4	
Bekleidungsindustrie	"	"	"	349,8	355,8	359,6	360,8	364,5	364,6	362,0	360,2	360,2	361,6	363,6	365,8	363,1	365,7	366,6	
<b>Darunter Arbeiter<sup>6)</sup></b>																			
Gesamte Industrie	BRD*)	1000	E	6382,7	6373,4	6376,9	6386,5	6418,8	6418,4	6400,7	6412,8	6415,2	6395,5	6405,5	6405,2	6332,0	6292,9	6292,9	
Bergbau	"	"	"	501,7	498,1	495,1	492,6	492,9	487,6	483,3	478,9	475,5	472,5	469,6	467,8	464,6	461,3	461,3	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	1377,2	1359,1	1359,0	1369,3	1381,4	1382,5	1380,3	1386,7	1386,0	1379,4	1375,2	1370,9	1348,2	1316,1	1316,1	
Investitionsgüterind.	"	"	"	2476,2	2486,0	2492,1	2494,6	2515,9	2521,3	2517,7	2524,6	2529,9	2522,6	2521,2	2521,7	2505,6	2505,8		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1658,0	1666,4	1668,6	1668,0	1670,8	1666,5	1655,2	1650,6	1647,6	1642,2	1650,4	1658,0	1645,2	1646,1		
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	371,6	363,7	362,2	362,0	358,4	360,5	364,2	372,1	376,2	378,8	389,1	386,8	368,4	363,6		
<b>Geleistete Arbeiterstd.</b>																			
Gesamte Industrie	BRD*)	Mill.	S	1043,6	1078,1	1011,4	1070,9	1025,1	1084,1	1021,6	1023,8	1045,4	1023,5	1120,7	1091,5	988,2	1044,0	954,9	
Bergbau	"	"	"	76,6	81,7	72,3	77,8	72,6	75,2	72,6	73,2	73,2	68,5	77,8	75,5	68,1	76,6	65,6	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	229,1	233,2	218,6	234,8	225,1	240,2	226,8	232,5	235,5	227,0	245,0	236,7	215,4	221,0	199,9	
Investitionsgüterind.	"	"	"	409,8	422,0	399,7	418,8	404,5	427,4	408,4	402,0	410,2	404,6	440,1	430,4	390,5	412,5	385,1	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	262,1	277,0	261,0	276,9	261,7	276,8	251,1	251,4	258,9	258,5	277,6	250,0	269,6	246,4		
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	66,0	64,1	59,7	63,5	61,1	64,6	62,8	64,6	67,6	64,8	72,6	71,3	64,2	64,3	57,8	
<b>Tägliche Arbeitszeit<sup>7)</sup></b>																			
Gesamte Industrie	BRD*)	Std.	D	8,18	7,45	7,62	7,30	8,07	7,75	7,90	7,00	6,88	7,62	7,35	8,04	8,13	7,28	7,28	
Bergbau	"	"	"	7,64	7,23	7,02	6,87	7,45	7,07	7,44	6,71	6,50	6,91	6,97	7,61	7,63	7,28	7,28	
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	8,32	7,56	7,73	7,46	8,23	7,97	8,14	7,36	7,17	7,83	7,49	8,14	8,32	7,36	7,36	
Investitionsgüterind.	"	"	"	8,27	7,48	7,71	7,30	8,12	7,78	8,03	6,98	6,84	7,64	7,33	8,05	8,12	7,22	7,22	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	7,91	7,32	7,52	7,22	7,91	7,62	7,51	6,68	6,63	7,50	7,26	7,90	7,91	7,18	7,18	
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	8,88	7,76	7,93	7,63	8,22	8,22	8,53	7,62	7,58	8,15	7,84	8,69	9,08	7,76	7,76	
<b>Produktionsergebnis<sup>8)</sup></b>																			
je Beschäftigten	BRD**)	1950=100	VD	100	100	162	100	175	100	100	164	100	100	183	100	100	100	100	
je Arbeiter	"	"	"	100	100	170	100	185	100	174	100	100	194	100	100	100	100	100	
je Arbeiterstunde	"	"	"	100	100	198	100	205	100	211	100	100	217	100	100	100	100	100	
<b>Durchschnittl. Bruttostd.-verdienst der Arbeiter<sup>9)</sup></b>																			
Lohnempfänger insgesamt	BRD*)	Pf	D	100	100	320,0	100	328,9	100	333,3	100	339,0	100	339,0	100	100	100	100	
Männliche Arbeiter	"	"	"	100	100	342,0	100	350,5	100	355,7	100	362,1	100	362,1	100	100	100	100	
Weibliche Arbeiter	"	"	"	100	100	232,7	100	237,7	100	240,1	100	245,0	100	245,0	100	100			